

Materialien

Ich bestelle hiermit

- ☐ weitere Einladungs-Flyer zur Konferenz _____ Stück
- ☐ Informations-Flyer _____ Stück
- ☐ taz-Beilage (erscheint zum 1. Mai) _____ Stück
- ☐ ila-Dossier „Gesundheit ist keine Ware“, 2 €
- ☐ ila-Dossier „Rente & Rendite“, 1,50 €
- ☐ Attac-Infopaket und aktuelle Materialliste
- ☐ Attac-Selbstdarstellung _____ Stück

Unterschrift: _____

Attac-Deutschland

Artilleriestraße 6

27283 Verden/Aller

Oder beide Seiten per Fax: 04231 / 95 75 94

ATTAC Deutschland
Kampagne Soziale Sicherungssysteme
WTO-AG

IG Metall Jugend

Initiative für einen Politikwechsel

Initiative zur Vernetzung der
Gewerkschaftslinken

medico international

Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft
(ver.di) Jugend

ver.di Landesbezirk Baden-Württemberg

laden ein zur

Aktionskonferenz Gesundheit ist keine Ware

20. April 2002, Heidelberg
Deutsch-Amerikanisches Institut
Sophienstr. 12
69115 Heidelberg

attac



Gesundheit ist keine Ware!

Gesunde Lebensbedingungen und Hilfe bei Krankheit sind ein Menschenrecht – es scheint allerdings eher für die Zahlungsfähigen reserviert. Weltweit wird es vielen, in den arm gemachten Ländern des Südens den meisten Menschen vorenthalten.

Niemand wird Reformbedarf im Gesundheitswesen leugnen. Eine Reform, die das Menschenrecht auf Gesundheit unterstützen soll, darf aber nicht auf Gewinninteressen der Leistungsanbieter und sinkende Beiträge für gesunde Versicherte setzen, sondern sie muss die solidarische Umverteilung stärken. Sie muss im Norden wie im Süden gerade diejenigen erfassen, die wegen Krankheit, Alter oder Armut Hilfe und Solidarität benötigen. Wir wehren uns gegen die ständig sinkende Einbeziehung großer Vermögen und Konzerngewinne zur Finanzierung sozialer Sicherungen. Für eine zunehmende Privatisierung und Ausrichtung an Konkurrenzriterien wirken weltweit der Druck von IWF und Weltbank, der Einfluss von Pharmaunternehmen, zunehmend die WTO-Verträge (GATS, TRIPS) und die drückende Schuldenlast der Länder des Südens. Dabei zeigen die Erfahrungen aus Ländern, in denen solche Orientierungen umgesetzt wurden – wie Chile unter der Pinochet-Diktatur – oder die traditionell auf solidarische Finanzierungsmodelle verzichten – wie die USA – deutlich: Die Kosten steigen, die Zahl der Menschen, die ausreichend in schweren Krankheitsfällen versichert sind, nimmt ab.

Das Gesundheitswesen darf kein Wettbewerbsmarkt werden, wo sich die Leistungsanbieter mehr nach ökonomischen Kosten- und Renditekalkülen als nach den Bedürfnissen der Patientinnen und Patienten und der Beschäftigten richten. Das schließt jede weitere Privatisierung aus. Regulierungen des Pharmamarktes müssen der Profitmacherei mit überbeurten und nutzlosen Medikamenten ein Ende machen. Mittelfristig wollen wir auch schon vorhandene private

Elemente (wie z.B. Privatversicherungen) zurückdrängen. Wir wollen ein solidarisches Gesundheitssystem für alle, und wir werden darum kämpfen! Es muss von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu gleichen Teilen finanziert und von der öffentlichen Hand getragen sein. Wir trauen den Beruhigungen der Bundesregierung nicht, es werde keine Zweiteilung des Gesundheitssystems in eine Medizin für Reiche und eine für Arme geben – wir erinnern uns an ihre Beteuerungen vor der letzten Bundestagswahl, Rentenkürzungen zurückzunehmen. Das tat sie – um die soziale Rente dann noch stärker zu kürzen als die Vorgängerregierung



und die Menschen den Banken und Versicherungen auszuliefern. Wir streiten dafür, der Reformpolitik im Gesundheitswesen eine andere, eine solidarische Richtung zu geben. Damit stellen wir uns gegen eine Ganz Große Koalition der etablierten Politik, die sich mit Orientierungen auf mehr „Eigenverantwortung“, mehr Markt und mehr Wettbewerb maßgeblich an Interessen der Finanzindustrie ausrichtet. Ob dieser Richtungswechsel gelingen kann, hängt nicht von Wahlergebnissen ab, sondern davon, ob wir gemeinsam von unten stark genug werden, dass an uns nicht vorbeiregiert werden kann. Gleich wie die Wahlkampfaussagen lauten – wir wollen vorbereitet sein, wenn bald nach der Wahl die längst gedrehten bitteren Pillen verabreicht werden sollen!

Aktionskonferenz Gesundheit ist keine Ware

Samstag, 20. April 2002, 10.30 Uhr bis 18.00 Uhr

10.30 Uhr Die Verwirklichung des Menschenrechts auf Gesundheit steht noch aus – weltweit!

Eine Standortbestimmung
von ATTAC Deutschland

Wir scheuen den Konflikt nicht!

Beispiele von Aktionen für eine umfassende
Gesundheitsversorgung für alle

Wir haben erst angefangen – und werden immer mehr!

Gesundheitsvorsorge ist ein Anliegen der
gesamten Gesellschaft

11.30 Uhr Arbeitsgruppen

14.00 Uhr Mittagspause

15.00 Uhr Was können wir tun?

Arbeitsgruppen stellen Aktionsvorschläge vor
Diskussion im Plenum

Wofür treten wir ein?

Heidelberger Erklärung für eine solidarische
Gesundheitsreform
Diskussion und Beschlussfassung

Wie geht es weiter?

Referat von Horst Schmitthenner
Verantwortlich für Sozialpolitik
im Vorstand der IG Metall

